

Rechenschaftsbericht des AStA - Vorstandes (der Uni Bremen) für die Legislaturperiode 2009/10

Die Arbeit des AStA-Vorstandes gliedert sich in verschiedene Bereiche. Darunter fällt die Beratung von Studierenden sowohl aus organisierten Zusammenhängen (studentische Gruppen, Stugen, Protestplenum) als auch als Einzelpersonen, die Repräsentation studentischer Interessen gegenüber der Universität (z.B. Rektorat, SfS, Kanzler) und der Politik (z.B. Verhandlung der Hochschulreformgesetze), Beteiligung an Arbeitsgruppen (AG Familien-freundliche Uni, HIST), Kooperation mit nicht-universitären Organisationen (z.B. GEW, ESG), die Koordination und Verwaltung der Serviceeinrichtungen des AStA (Kinderland, Fahrradwerkstatt, KfZ-Referat), die Betreuung der Referate und der autonomen Referate, der Mitarbeiter_innen des AStA und dem Personalrat. Darüber hinaus ist Repräsentation eine wichtige Aufgabe des Vorstands, zum einen durch Pressearbeit und die Anfertigung von Publikationen, durch Vernetzung mit anderen Hochschulen und anderen Organisationen innerhalb des Landes Bremen und darüber hinaus. Wie in jedem Jahr hat es der Vorstand natürlich auch dieses Jahr nicht versäumt Kaffee zu kochen. Im Folgenden wird eine Auswahl der Arbeit des letzten Jahres vorgestellt, diese kann und soll aber natürlich nicht alle Tätigkeiten des Vorstandes der letzten Legislatur umfassen.

Rektorat – bei den Verhandlungen mit dem Rektorat wurde beschlossen, dass ab dem Wintersemester 2009/10 die Anwesenheitspflicht (die faktisch keine rechtliche Grundlage in den Prüfungsordnungen der Fachbereiche hatte) an der Uni nicht mehr umgesetzt werden soll. Darüber hinaus wurde die Abschaffung der Mittagspause kritisiert. Darüber hinaus stellte das Rektorat im Dezember eine Anfrage an den AStA bezüglich der Haushaltsführung ins besondere im Hinblick auf das KfZ-Referat. Die Anfrage wurde von der senatorischen Behörde für Wissenschaft und Forschung gefordert auf Grund eines Flyer von AfA. Die genaue Prüfung des KfZ-Referats durch den Wirtschaftsprüfer ergab, dass die Haushaltsführung des KfZ-Referats von ihm nicht beanstandet wird und dass er eine geringfügig defizitäre Haushaltsführung in dem Maße wie sie derzeit vorliegt für vertretbar und sozial wünschenswert hält.

SfS – Gegenüber dem Sekretariat für Studierende wurde die Abschaffung des Wahlausweises gefordert. Denn ab dem Sommersemester 2010 werden die kompletten Semesterunterlagen wieder in Bremen gedruckt, so dass eine Kennzeichnung des Studierendenausweises als Duplikat wieder möglich sei. Die Rechtsstelle habe allerdings noch Einwände, da eine Kennzeichnung des Semestertickets oder des Studierendenausweises dazu führen könnte, dass diese ihre sonstige Gültigkeit verlieren. Dieses Argument lässt sich besonders im Bezug auf den Studierendenausweis nicht nachvollziehen und sollte weiter mit der Rechtsstelle geklärt werden. Es wurde ebenfalls vom Sekretariat für Studierende eine Erklärung eingefordert, warum der AStA nicht über seine Mitglieder informiert wird. Die Anzahl der Mitglieder der verfassten Studierendenschaft werden weder gegenüber dem AStA noch gegenüber dem SR belegt, die Adressen werden ausschließlich von der Uni verwaltet, was etwa für die Stugen problematisch war. Die Fachbereiche, die den Stugen Auskunft über die Studierenden in ihrem Studiengang geben sollten, haben sich häufig nicht dafür zuständig gefühlt. Darüber hinaus gibt es keinen einheitlichen datenschutzrechtlichen Standard für alle Fachbereiche. Der Vorschlag von Seiten des AStA einen Datenschutzbeauftragten vom AStA zu stellen, der die Adressen verwaltet und in Kooperation mit der Druckerei Serienbrief etc. produzieren kann ohne die Adressen an Einzelpersonen herausgeben zu müssen, wurde vom SfS abgelehnt, als Alternative konnte aber verhandelt werden, dass den Stugen mail-Verteiler eingerichtet werden, worüber sie alle Studierende ihres Fachbereiches auch gesondert nach z.B. Fachsemestern erreichen können.

Rechtsstelle – Von der Rechtsstelle wurde die Forderung an den AStA herangetragen, die Gremienwahlen zu verkürzen und weniger Wahllokale einzurichten. Darüber hinaus sollten gemeinschaftlich längerfristige Überlegungen zur Wahlkommission angestellt werden. Es wurde ausgemacht, dass es nach der Gremienwahl ein Treffen zwischen dem neuen AStA-Vorstand, der neuen Wahlkommission und der Wahlleiterin der Uni geben sollte, um einen Leitfaden für die Durchführung von Gremienwahlen zu verfassen und ein System zu finden wie trotz des neuen B.A./M.A.-Systems eine gewisse Konstanz in der Wahlleitung gewährleistet werden kann. Eine Verkürzung der Gremienwahlen wurden durch den Vorstand abgelehnt und für die Gremienwahl 2010/11 verhindert. Bei anstehenden Gesprächen mit der Rechtsstelle sollte der Wahlausweis aber erneut thematisiert werden.

Wahlkommission – Da die Wahlkommission des letzten Jahres ohne Vorankündigung geschlossen zurück getreten ist und wenig oder keine Bereitschaft gezeigt hat bei der Auswahl und Einarbeitung einer neuen Wahlkommission mitzuwirken, war es Aufgabe des Vorstandes eine neue Wahlkommission zu finden und diese einzuarbeiten und bei Aufgaben wie der Wahlauschreibung und der Einrichtung eines Wahlbüros behilflich zu sein.

Stugenkonferenz – Auf Grund der großen Unzufriedenheit der Stugen-Konferenz über die Stugen-Referent_innen der vergangenen Jahre wurde zu Beginn der Legislatur eine Stugenkonferenz einberufen, deren Einladung an alle Stugen verschickt wurde und nicht nur an solche die noch auf dem Stugenverteiler eingetragen waren. Auf dieser Stugenkonferenz, die extrem gut besucht war, wurde dann darüber diskutiert wie die Kooperation zwischen AStA und Stugen in Zukunft funktionieren kann. Es wurden unterschiedliche Optionen diskutiert, zum einen die bisher gängige Besetzung eines Stugen-Referats, zum anderen die Selbstverwaltung der Stugen und Betreuung von Seiten des AStA durch den Vorstand oder die Schaffung einer Stelle zur Betreuung der Stugenkonferenz deren Besetzung dann der Stugenkonferenz selbst zugefallen wäre. Die Stugenkonferenz sprach sich für eine Selbstverwaltung und eine Betreuung durch den Vorstand aus. Dieser hat diese Aufgabe für die ganze Legislatur übernommen.

Personalrat – Seit der Legislatur 2008/09 haben die Mitarbeiter_innen des AStA einen Personalrat. Dieser muss über alle Entscheidungen bezüglich Neubesetzungen oder Stundenveränderungen im AStA informiert werden. Dazu wurde ein System mit dem Personalrat ausgearbeitet, nach dem jeder Arbeitsvertrag mindestens 14 Tage vor Beginn des geplanten Arbeitsverhältnisses in Kopie dem Personalrat vorgelegt werden muss, der dann die Möglichkeit hat diesem Arbeitsverhältnis zuzustimmen oder dieses abzulehnen. Darüber hinaus sollte dem Personalrat eine kurze Erklärung zum Arbeitsplatz, dem Bereich und der Person beigelegt werden aus dem ersichtlich ist wie viele Stunden bzw. Stellen bereits in diesem Bereich vorhanden sind, welche Aufgaben übernommen werden und warum diese_r Arbeitnehmer_in sich besonders für die Aufgaben eignet. Dabei ist der Vorstand natürlich erster Ansprechpartner für den Personalrat.

Fahrradwerkstatt – Von den Mitarbeitern der Fahrradwerkstatt ist der Vorstand auf den schlechten Zustand des Containers der Fahrradwerkstatt aufmerksam gemacht worden. Da dieser Container ursprünglich Eigentum der Universität war, hat sich das Baudezernat dazu bereit erklärt Ausbesserungen vorzunehmen. Darüber hinaus wurde verhandelt ob eine Wasser/Abwasserleitung, Druckluft und eine Gasleitung verlegt werden könnte. Der Wartungsdienst der Universität würde solche Ausbesserungen in Betracht ziehen, sofern als Gegenleistung dafür die Mitarbeiter der Fahrradselbsthilfewerkstatt die Wartung ihrer Betriebsfahräder übernehmen würden. Diese Verhandlungen konnten nicht abgeschlossen werden, da der Ansprechpartner von Seiten der Uni im Urlaub war und die Legislatur geendet hat, bevor er zurückgekehrt ist.

Kooperationsvertrag Hochschule – Der AStA der Uni und der AStA der Hochschule haben einen Kooperationsvertrag im Bereich der Bafög&Sozialberatung. Zwei Mitarbeiter_innen der

Bafög&Sozialberatung des AStAs der Uni unterstützen die Beratungsstelle der Hochschule um die Mitarbeiter_innen vor Ort weiterzubilden. Durch diese Kooperation ist es ebenfalls möglich Studierende der Hochschule in der Beratungsstelle im AStA zu beraten, die auf Grund der Juristen vor Ort in vielen Bereichen deutlich qualifizierter ist. Die Hochschule möchte diesen Kooperationsvertrag nun reduzieren, da ihnen die Kosten zu hoch sind. Dies ist für den AStA nicht akzeptabel, da die Beratungsstelle einen hohen Anteil von Studierenden der Hochschule berät und eine weitere Reduzierung der Betreuungsleistung und der Qualität der Beratung an der Hochschule den Druck auf die Beratungsstelle an der Uni erhöht, es aber keine finanzielle Kompensation für die Beratungsleistung an Studierenden der Hochschule gibt. Verhandlungen mit der Hochschule waren bis zum Ende der Legislatur ergebnislos, da der AStA der HS die Verhandlungen abgebrochen hat. Grundsätzlich sollte dieses Thema aber auf einer LAK thematisiert werden, damit an koordinierten Beratungsangeboten im ganzen Bundesland gearbeitet werden kann.

Studentenwerk – mit dem Studentenwerk wurde über Möglichkeiten verhandelt, wie die Streichung der Mittagspause durch die Mensa und die Cafés kompensiert werden kann. Auch das Studentenwerk lehnt die Streichung der Mittagspause ab ins Besondere da Studierende nun in vielen Fällen nicht mehr die Möglichkeit haben Leistungen abzurufen für die sie bezahlt haben (namentlich Essen in der Mensa). Eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Mensa während des Semester um 30 min wurde beschlossen, so dass nun die Mensa nicht nur während eines Slots geöffnet ist. Dies bedeutet Mehrkosten für das Studentenwerk im sechs-stelligen Bereich pro Semester, so dass das Studentenwerk durchgeführte Protest-Aktionen auch unterstützte. Ebenfalls wurde sich darauf geeinigt, dass Studentenwerk und der AStA gemeinschaftlich von der Unileitung einfordern, dass entstehende Mehrkosten nicht über das Studentenwerk sondern über die Uni kompensiert werden sollten. Ebenfalls mit dem Studentenwerk besprochen wurde die Möglichkeit gemeinsame eine Stelle zur Beratung und Koordination der Beratung für Studierende für das komplette Bundesland einzurichten. Eine Co-Finanzierung aus Studiengebühren wurde von Seiten des AstA-Vorstands abgelehnt. Der Vorstand des AStA der HfK gab ein Interesse an einer solchen Stelle bekannt, die Hochschule zeigte eine eher ablehnende Haltung. Eine Kooperation mit dem Studentenwerk wäre nur möglich, wenn sich alle Asten beteiligen. Weitere Verhandlungen in diesem Bereich sollten geführt werden. Auch die Beteiligung des Studentenwerks an einer Theaterflatrate für Studierende in Bremen wurde diskutiert, auch hier besteht ein Interesse auf Seiten des Studentenwerks, doch auch dafür wäre die Beteiligung aller Asten notwendig (→ siehe Theater Bremen).

Theater Bremen – Vom Theater Bremen wurde dem AStA das Angebot einer Theaterflatrate für Studierende unterbreitet. Eine vorher vereinbarte Summe würde einmal im Semester vom AStA überwiesen, dadurch wären alle Studierende der Uni dazu berechtigt umsonst Tickets fürs Theater zu erhalten, sofern diese nicht drei Tage vor der Vorstellung schon vergriffen sind. Ein solches Projekt ließe sich im AStA nicht ohne Erhöhung des Semesterbeitrages durchführen. Eine Co-Finanzierung des Studentenwerks ist noch nicht möglich, da sich dafür alle Hochschulen des Landes Bremen beteiligen müssten. Der AStA der Hochschule lehnt bisher aber eine solche Beteiligung ab. Auch andere Theater in Bremen hätten Interesse an der Beteiligung an diesem Modell. Der AStA der HfK unterstützt das Vorhaben.

Protestplenum – das Protestplenum wurde seit Beginn der Besetzung vom AStA in jeder uns möglichen Weise unterstützt, es wurden Ressourcen und Infrastruktur gestellt, nach Ende der Besetzung Räumlichkeiten zugänglich gemacht, das Protestplenum wurde personell unterstützt und gemeinsame Aktionen (wie z.B. Reclaim-your-Mittagspause) wurden durchgeführt. Die Aufgabe des Vorstandes war es zum einen Kontakt zum Protestplenum zu halten um die Unterstützung so gut wie möglich zu gewährleisten, zum anderen natürlich auch die Beteiligung

an Gesprächsveranstaltungen mit der Unileitung (z.B. Semestergipfel) und deren Vorbereitung. Auch die Kooperation zwischen verschiedenen Gremien konnte durch den AstA-Vorstand verbessert werden, so wurde etwa der Stugenkonferenz angetragen dass die Gesprächseinladung des Konrektors an die Stugen auf das Protestplenium erweitert wird und die Stugenkonferenz sich mit den Forderungen des Protestplenium solidarisiert. Auch die Unterstützung von Protestaktionen wie Reclaim-your-Mittagspause durch das Studentenwerk konnte verhandelt werden. In beiden Fällen rannte man glücklicherweise offene Türen ein.

Klage Studiengebühren – die Verhandlung der vom AStA unterstützten Klage gegen das Landeskindermodell begann in der letzten Legislatur, es musste die Stellungnahme der Kläger_innen eingereicht werden. Der AStA hat nach Gesprächen mit dem bis dahin beauftragten Anwalt und in Absprache mit den Kläger_innen beschlossen für diesen Prozess den Anwalt Herrn Hauck-Scholz zu beauftragen, der über Erfahrung vor dem Bundesverfassungsgericht verfügt und bereits den Prozess gegen Studiengebühren in Hessen geführt hat. Da voraussichtlich nicht nur über das Bremer Landeskindermodell entschieden wird sondern mit einem Grundsatzurteil über allgemeine Studiengebühren in Deutschland gerechnet wird, wurde kurzfristig noch eine zusätzliche Stelle geschaffen, die sowohl für die Koordination und Betreuung der Pressearbeit im Bezug auf den Prozess zuständig war, aber auch die Aufgabe hatte zusätzliche Recherche zu betreiben um den Anwalt bei der Vorbereitung seiner Stellungnahme zu unterstützen.

Haushalt – auf Grund der schwierigen Haushaltslage war es leider auch Aufgabe des AstA-Vorstandes Sparmaßnahmen umzusetzen. Referate konnten aus Kostengründen nicht besetzt werden, der Vertrag mit der deutschen Post wurde gekündigt um weniger Verschickungen des Semesterrundbriefes zu ermöglichen, die Personalkosten konnten in vielen Bereichen reduziert werden und es wurden Richtlinien zur finanziellen Unterstützung von Veranstaltungen erarbeitet die gleichermaßen die Kosten reduzieren und die Transparenz steigern sollten. Eine Reduzierung der Personalkosten im Servicebereich birgt natürlich immer die Gefahr, dass Studierende darunter zu leiden haben, der Vorstand bemühte sich dies zu vermeiden was z.B. im Falle AISA durch eine Neubesetzung in der Beratung und eine Anpassung der Öffnungszeiten an den Bedarf der Studierenden so gut wie möglich gewährleistet werden konnte. Die entfallenen Referate wurden zum Teil (z.B. Stugen-Referat) durch den Vorstand kompensiert.

Darüber hinaus hat der Vorstand natürlich weitere Aufgaben übernommen, hier einige Beispiele:

- Begrüßung der Erstsemester_innen während der Orientierungswoche, sowie in offiziellen Begrüßungsveranstaltungen
- Pressearbeit zu diversen Themen (z.B. Protest, BaföG-Erhöhung etc.)
- Redaktionelle und inhaltliche Mitarbeit an den Semesterrundbriefen
- Mitorganisation des Kinderrechtskongress
- Beteiligung an der Planung und Organisation der Proteste gegen die IMK insbesondere Informationsarbeit zur Betroffenheit von Studierenden
- Unterstützung des Schulstreiks und der Studierendendemos
- Auseinandersetzung mit der Novellierung des Bremer Hochschulrahmengesetzes im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
- Betreuung des Kinderlandes, Verhandlungen mit der Uni über dessen Finanzierung
- Organisation von Informationsveranstaltungen (z.B. „Fußball und Nationalismus“)